

Anhang

Tabelle A4.1: Gleiche, ähnliche und gegensätzliche Zielsetzungen zur Verkehrswende

Parteien	Zielsetzungen und Zitate aus den Wahlprogrammen 2021
BAHN	
1	Bahn nicht privatisieren
SPD	Wir werden sie [Deutsche Bahn AG] als integrierten Konzern in öffentlichem Eigentum erhalten.
Die Linke	Wir lehnen alle direkten oder indirekten Privatisierungen von Verkehrsinfrastruktur ab.
<i>gegensätzliche Zielsetzung</i>	
FDP	Wir Freie Demokraten wollen die Infrastruktur und den Bahnbetrieb bei der Schiene trennen und den Betrieb privatisieren.
2	Schiene nicht privatisieren
SPD	Wir werden sie [Deutsche Bahn AG] als integrierten Konzern in öffentlichem Eigentum erhalten.
FDP	Wir Freie Demokraten wollen die Infrastruktur und den Bahnbetrieb bei der Schiene trennen [...] Das Netz soll im Eigentum des Bundes bleiben.
Die Linke	Wir lehnen alle direkten oder indirekten Privatisierungen von Verkehrsinfrastruktur ab.

3	Schiene elektrifizieren
CDU/CSU	Um [...] Strecken zu elektrifizieren und mehr Kapazitäten zu schaffen, werden wir mehr in den bedarfsgerechten Infrastrukturausbau investieren.
SPD	Bis 2030 wollen wir mindestens 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren, [...] und für nicht elektrifizierte Strecken verbindliche Nutzungen wie den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Zügen unterstützen.
Die Linke	Alle bisher nur von Dieselfahrzeugen befahrbaren Bahnstrecken müssen zügig elektrifiziert oder auf alternative und nachhaltige Antriebstechnologien umgestellt werden.
B90/ Die Grünen	Den Aus- und Neubau, die Elektrifizierung und Digitalisierung des Netzes treiben wir zügig voran.
4	Investitionen in die Schiene erhöhen
SPD	Hierfür werden wir investieren: in den Aus- und Neubau des Schienennetzes, [...].
FDP	Für alle Verkehrswege – von der Schiene über die Straße bis zum Radweg – muss der Aufwuchs der Investitionsmittel verlässlich fortgesetzt und zügig verbaut werden.
Die Linke	Wir wollen die öffentlichen Investitionen in die Schieneninfrastruktur um das Fünffache erhöhen.
B90/Die Grünen	Wir wollen 100 Milliarden Euro, verteilt auf die Jahre bis 2035, zusätzlich in Schienennetz und Bahnhöfe investieren [...].
5	Trassenpreise senken
CDU/CSU	Dazu werden wir [...] die Trassenpreise reduzieren.
FDP	Das gelingt aber nicht mit einer Staatsbahn, sondern nur mit [...] niedrigeren Trassenpreisen für die Nutzung der Schienenwege.
Die Linke	Die Trassenpreise für den Personenverkehr müssen mindestens halbiert werden, [...].
B90/ Die Grünen	Die Trassenpreise wollen wir deutlich senken.

6	Reaktivierung von Strecken
SPD	Vor allem werden wir die Attraktivität des Nahverkehrs verbessern, [...] durch die Reaktivierung alter Bahnstrecken.
Die Linke	Wir wollen mit einem Reaktivierungsprogramm zahlreiche in den letzten Jahrzehnten stillgelegte Bahnstrecken wieder aufbauen und so ganze Regionen wieder ans Gleisnetz anschließen.
B90/ Die Grünen	Stillgelegte Bahnstrecken wollen wir schnellstmöglich reaktivieren.
7	Deutschlandtakt einführen
CDU/CSU	Wir werden den Schienenverkehr mit dem Deutschlandtakt stärken.
SPD	Wir wollen rasch einen Deutschlandtakt umsetzen und einen Europatakt aufbauen.
AfD	Beim angestrebten Deutschlandtakt muss eine Verkürzung der Reisezeiten auf allen Verbindungen das oberste Ziel sein.
Die Linke	Bis 2030 müssen alle europäischen Großstädte im abgestimmten Taktfahrplan per Fernbahn erreichbar sein.
B90/ Die Grünen	Wir wollen den Deutschlandtakt weiterentwickeln und realisieren, [...].
8	Nachtzüge
CDU/CSU	Wir werden dafür sorgen, dass Deutschland europaweite Verbindungen zu Tages- und Nachtzeiten unterstützt.
SPD	Wir haben das Ziel [...] neue schnelle Zug- und Nachtzugverbindungen in unsere Nachbarländer zu etablieren.
Die Linke	Wir setzen uns außerdem für ein europaweites Nachtzugnetz ein. Die DB soll alle Großstädte auch mit Nachtzügen (Liegewagen) anfahren.
B90/ Die Grünen	Ergänzen wollen wir diese Angebote durch schnelle Sprinterzüge und Nachtzüge, die alle großen europäischen Metropolen bezahlbar miteinander verbinden.

9	Anbindung von mehr Städten
SPD	Wir haben das Ziel, alle Großstädte wieder ans Fernverkehrsnetz anzuschließen.
Die Linke	Bis 2030 müssen alle europäischen Großstädte im abgestimmten Taktfahrplan per Fernbahn erreichbar sein.
B90/ Die Grünen	Dafür wollen wir alle deutschen Großstädte regelmäßig an den Fernverkehr anbinden, [...].
ÖPNV	
10	Klimaneutrale Busse und Bahnen
SPD	Der Bund wird durch Austauschprogramme seinen Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen bis 2030 in den Kommunen klimaneutral fahren und die vorhandenen Flotten modernisiert sind.
Die Linke	Stattdessen wollen wir Elektromobilität im öffentlichen Verkehr fördern, d.h. Straßenbahnen, Züge, O-Busse, E-Busse.
B90/ Die Grünen	Den Einsatz von emissionsfreien Bussen wollen wir durch ansteigende Quoten und durch attraktive Förderung für die Kommunen vorantreiben.
11	Ticketpreise senken
SPD	Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir.
Die Linke	ein preiswertes 365-Tage-Ticket schaffen und den ÖPNV perspektivisch für die Nutzer*innen kostenlos machen. Ticketpreise müssen sinken, perspektivisch für alle kostenlos sein. Wir treten für ein Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr ein. Perspektivisch wollen wir einen entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr für alle.
B90/ Die Grünen	Mobilität darf nicht vom Geldbeutel abhängen: Länder, Kommunen und Verbünde wollen wir dabei unterstützen, attraktive Preisangebote bis hin zu ticketlosem ÖPNV zu machen und neue Finanzierungsquellen wie eine Umlagefinanzierung zu erschließen.

12	Barrierefreiheit fördern
CDU/CSU	Wir wollen deshalb einen flächendeckenden Mindeststandard schaffen, der allen Menschen einen gleichwertigen, barrierearmen und einfachen Zugang zum ÖPNV gewährt.
SPD	An Knotenpunkten werden wir die Einrichtung von barrierefreien Mobilitätsstationen für nachhaltige urbane Mobilität fördern, [...].
FDP	Wir Freie Demokraten fordern die vollständige und umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, denn barrierefreie Mobilität ist Bewegungsfreiheit.
Die Linke	Der ÖPNV muss flächendeckend und barrierefrei ausgebaut werden.
B90/ Die Grünen	Barrierefreiheit der Bahn wollen wir in zehn Jahren erreichen.
13	Zahl der Nutzer:innen erhöhen
Die Linke	Bis 2030 wollen wir die Zahl der Nutzer*innen verdoppeln (im Vergleich zu vor Corona).
B90/ Die Grünen	Wir wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln.
14	Digitale Barrierefreiheit bei der ÖPNV-Nutzung
Die Linke	Die Zugänglichkeit zu allen Verkehrsangeboten auch ohne Smartphone und App muss möglich bleiben, um nicht Menschen auszuschließen, die Smartphones und Computer nicht nutzen können oder möchten.
B90/ Die Grünen	Alle Mobilitätskonzepte müssen barrierefrei sein und eine Teilnahme auch ohne eigene digitale Endgeräte ermöglichen.
15	Mobilitätsstationen einrichten
CDU/CSU	Wir wollen Mobilitätsstationen entlang wichtiger Infrastruktur entstehen lassen und durch vernetzte Wegeketten ein Rückgrat für die nachhaltige Mobilität formen.
SPD	An Knotenpunkten werden wir die Einrichtung von barrierefreien Mobilitätsstationen für nachhaltige urbane Mobilität fördern.

Die Linke	Zusätzlich sollten Mobilitätsstationen mit einer Auswahl von geteilten Verkehrsmitteln aufgebaut werden.
B90/ Die Grünen	Bahnhöfe wollen wir zu modernen, barrierefreien Mobilitätsstationen aufwerten.
16	Mobilitätsangebote verbinden
CDU/CSU	Wir unterstützen deshalb den Betrieb digitaler, offener und diskriminierungsfreier Mobilitätsplattformen als Eingangstür für alle Angebote des öffentlichen Verkehrs einschließlich des ÖPNV.
SPD	Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung: mit neuen Mobilitätsdienstleistungen, die vernetzte Mobilitätsangebote auf digitalen Plattformen nutzbar machen.
Die Linke	Wir setzen uns ein für eine öffentliche Mobilitätsplattform, auf der alle Angebote aus allen Verkehrsverbünden sichtbar und buchbar sind. Perspektivisch muss diese Plattform alle europäischen Regionen einbeziehen.
B90/ Die Grünen	Damit man problemlos überall von A nach B kommt, wollen wir mit dem Mobilpass die Angebote von 120 Verkehrs- und Tarifverbünden in Deutschland vereinfachen und verknüpfen und Sharing- und Ridepooling-Dienste so integrieren, dass Sozial- und Umweltdumping ausgeschlossen sind.
17	Mobilitätsgarantie
CDU/CSU	Unser Ziel ist es, überall ein bedarfsgerechtes Grundangebot im öffentlichen Verkehr sicherzustellen – auch auf dem Land. Wir wollen deshalb einen flächendeckenden Mindeststandard schaffen, der allen Menschen einen gleichwertigen, barrierearmen und einfachen Zugang zum ÖPNV gewährt.
SPD	Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede*r Bürger*in – in der Stadt und auf dem Land – soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben.
Die Linke	Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum: Anbindung der Gemeinden untereinander und zum nächsten städtischen Zentrum mindestens im Stundentakt von 6 bis 22 Uhr.

B90/ Die Grünen	Wir wollen mit den Ländern eine Mobilitätsgarantie mit gesetzlich definierten Standards für Erreichbarkeit und Erschließung einführen, [...].
AUTO- UND GÜTERVERKEHR	
18	Verbrennungsmotoren verbieten
SPD	2030 sollen mindestens 15 Millionen PKW in Deutschland voll elektrisch fahren.
Die Linke	Spätestens ab 2030 dürfen keine Pkw mit Verbrenner mehr neu zugelassen oder exportiert werden.
B90/ Die Grünen	Ab 2030 dürfen deshalb nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden; [...].
<i>gegensätzliche Zielsetzungen</i>	
CDU/CSU	Wir wollen, dass in Deutschland weiterhin die besten Autos der Welt produziert werden – und zwar mit allen Antriebsformen.
AfD	Der Mittelstand, insbesondere der metallverarbeitenden Industrie, ist abhängig vom Fortbestand des Verbrennungsmotors.
FDP	Ein pauschales Verbot von Verbrennungsmotoren lehnen wir ab.
19	Dieselfahrverbote einführen
CDU/CSU	Ein Dieselfahrverbot lehnen wir [...] ab.
AfD	Wissenschaftlich mangelhaft belegte Maßnahmen, wie z.B. Dieselfahrverbote oder Umweltpuren, erreichen das nicht.
FDP	Tempolimits, Diesel- oder Motorradfahrverbote sind weder progressiv noch nachhaltig.
20	Kaufprämien für E-Autos abschaffen
FDP	Auf teure Subventionen wie die Kaufprämie für E-Autos wollen wir verzichten.
Die Linke	Eine Kaufprämie für Elektroautos lehnen wir weiterhin ab.

<i>gegensätzliche Zielsetzung</i>	
B90/ Die Grünen	Die Kaufförderung emissionsfreier Autos wollen wir in ein Bonus-Malus-System überführen und für Elektro-Leichtfahrzeuge öffnen. Klimafreundliche Autos werden billiger, klimaschädliche teurer.
21	Tempolimit auf Autobahnen einführen
SPD	Wir werden ein Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen.
Die Linke	Um Menschen und Klima zu schützen, brauchen wir endlich auch Tempolimits: 120 km/h auf Autobahnen, [...].
B90/ Die Grünen	Für die Autobahnen wollen wir ein Sicherheitstempo von 130 km/h. Wenn besondere Gründe es notwendig machen, wie beispielsweise in Städten oder Ballungsgebieten oder um sie herum, dann gelten maximal 120 km/h.
<i>gegensätzliche Zielsetzungen</i>	
CDU/CSU	Ein Dieselfahrverbot lehnen wir ebenso ab wie ein generelles Tempolimit auf Autobahnen.
AfD	Die AfD lehnt ein generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen strikt ab.
FDP	Tempolimits, Diesel- oder Motorradfahrverbote sind weder progressiv noch nachhaltig.
22	Tempolimit innerorts
Die Linke	und eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts.
B90/ Die Grünen	Um mehr Sicherheit auf den Straßen zu erreichen, wollen wir in geschlossenen Ortschaften das Regel-Ausnahme-Verhältnis umkehren. Tempo 30 ist dann die Regel, Abweichungen wie Tempo 50 werden vor Ort ausgewiesen.
23	Neue Autobahnen bauen
CDU/CSU	Und wo es häufig Stau gibt, werden wir unsere Bundesstraßen und Autobahnen erweitern.

AfD	Autobahnen und Brücken in Deutschland müssen seit langem dringend saniert und instand gesetzt werden. Das geht nur mit effizienten Maßnahmen in der Planung und Ausführung von Baustellen und mit schneller Arbeit der Verwaltung.
FDP	Wir Freie Demokraten fordern eine ganzheitliche Infrastrukturstrategie für Europa und den Ausbau transeuropäischer Transportnetze. Ein gut ausgebautes (Hochgeschwindigkeits-)Schienennetz gehört genauso dazu wie leistungsstarke Hafenanlagen, Flugplätze und Fernstraßen.
<i>gegensätzliche Zielsetzungen</i>	
Die Linke	Stopp für den Neu- und Ausbau von Autobahnen.
B90/ Die Grünen	Wir wollen [...] die bis 2030 vorgesehenen Neu- und Ausbauten von Autobahnen und Bundesfernstraßen deutlich reduzieren. Die anstehende Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans werden wir zudem nutzen, um alle nicht im Bau befindlichen Abschnitte sowie besonders umweltschädliche Straßenneubau- und Straßenausbauprojekte einer Klima-, Umwelt- und Bedarfsprüfung zu unterziehen und sie dadurch deutlich zu reduzieren.
24	Lkw-Maut
Die Linke	Die Lkw-Maut wollen wir auf alle Straßen ausweiten und erhöhen. Die externen Kosten wie Luftverschmutzung und Lärmbelästigung müssen einbezogen werden.
B90/ Die Grünen	Den ausufernden Lkw-Verkehr wollen wir durch eine CO ₂ -orientierte Maut so regulieren, dass die entstehenden Kosten von den Verursacher*innen getragen werden.

25	Ladeinfrastruktur ausbauen
CDU/CSU	Unser Ziel ist es, das Ladesäulennetz so auszubauen, dass die Lademöglichkeiten ein Grund für den Wechsel auf Elektromobilität sind. Wir wollen, dass Schnellladesäulen bundesweit im Fernverkehr möglichst innerhalb von zehn Minuten erreicht werden können und zudem das Bezahlssystem sowie die Anschlüsse vereinfacht und standardisiert werden.
SPD	Wir machen das Stromtanken so einfach wie bisher das Tanken von Benzin und Diesel. Den Fortschritt beim Ausbau der Ladesäulen für Elektroautos wollen wir vierteljährlich evaluieren und wo nötig mit Versorgungsaufgaben und staatlichem Ausbau die notwendige verlässliche Erreichbarkeit von Ladepunkten herstellen.
Die Linke	Der Staat muss die Schaffung eines angemessenen Ladenetzes für Elektrofahrzeuge – auch mit den Ländern der EU – koordinieren.
B90/ Die Grünen	Wir beschleunigen den flächendeckenden Ausbau einer einheitlichen Ladeinfrastruktur, besonders im ländlichen Raum, inklusive Schnellladesäulen. Laden muss flächendeckend in Deutschland und Europa schnell, ökologisch, günstig und bequem möglich sein.
26	Steuerliches Dienstwagenprivileg abschaffen
Die Linke	Das steuerliche Dienstwagenprivileg wollen wir abschaffen, damit nicht weiterhin vor allem Gutverdienende, Arbeitgeber*innen und die Automobilindustrie auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt profitieren.
B90/ Die Grünen	Wir [...] gestalten die Dienstwagenbesteuerung sozial-ökologisch um.
FLUGVERKEHR	
27	Nachtflugverbot einhalten
Die Linke	Wir treten für ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ein, insbesondere für stadtnahe Räume.
B90/ Die Grünen	Zur Reduktion von Fluglärm braucht es [...] ein echtes Nachtflugverbot.

<i>gegensätzliche Zielsetzung</i>	
FDP	Wir Freie Demokraten wollen [...] eine Ausweitung von Nachtflugverboten verhindern.
28	Luftverkehrssteuer abschaffen
CDU/CSU	Flüge, bei denen alternative Kraftstoffe eingesetzt werden, wollen wir von der Luftverkehrssteuer befreien.
AfD	Die AfD befürwortet die Abschaffung der Luftverkehrssteuer und richtet sich gegen unrealistische CO ₂ -Reduktionsziele der EU.
FDP	Wir Freie Demokraten wollen die Luftverkehrssteuer abschaffen.
29	Kurzstreckenflüge abschaffen
Die Linke	Wir wollen ein Verbot von Flügen zu Zielorten, die mit dem Zug in bis zu 5 Stunden erreichbar sind und die nicht weiter als 500 Kilometer entfernt sind.
B90/ Die Grünen	Kurzstreckenflüge wollen wir ab sofort Zug um Zug verringern und bis 2030 überflüssig machen.
<i>gegensätzliche Zielsetzung</i>	
AfD	Der globale Flugverkehr ist von elementarer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und darf nicht kurzzeitig einer unwissenschaftlichen Klima-Hysterie geopfert werden.
30	Kerosinsteuer einführen
Die Linke	Wir wollen eine einheitliche Kerosinsteuer in der EU.
B90/ Die Grünen	Außerdem setzen wir uns für die Einführung einer europäischen Kerosinsteuer ein. Bis diese in der EU umgesetzt ist, werden wir auf nationaler Ebene eine Kerosinsteuer für innerdeutsche Flüge einführen.
31	Subventionen für Treibstoffe im Flugverkehr abschaffen
Die Linke	Die staatliche Milliardensubvention von Dieseltreibstoff, Flugbenzin und »Biokraftstoff« wollen wir abschaffen.
B90/ Die Grünen	Umweltschädliche Subventionen sind abzubauen und fortlaufende Finanzhilfen für Flughäfen zu beenden.

Tabelle A5.1: Gleiche, ähnliche und gegensätzliche Zielsetzungen zur Bildungsgerechtigkeit

Parteien	Zielsetzungen und Zitate aus den Wahlprogrammen 2021
KINDERGELD	
1	Kindergeld/-grundsicherung: Erhöhung
Die Linke	Kindergrundsicherung von 630€: als Sofortmaßnahme einkommensunabhängige Erhöhung des Kindergelds für alle auf 328€; Kinder aus armen Familien erhalten zusätzlich einen nach Alter gestaffelten Zuschlag von bis zu 302€
SPD	neues Kindergeld: Staffelung nach Einkommen der Familie, Basisbetrag bei ca. 250€, Höchstbetrag mind. doppelt so hoch
B90/Die Grünen	Kindergrundsicherung: jedes Kind bekommt einen festen Garantie-Betrag; GarantiePlus-Betrag für Kinder in Familien mit geringem oder gar keinem Einkommen
<i>gegensätzliche Zielsetzung</i>	
AfD	keine Änderung beim Kindergeld (nur: Missbrauch vermeiden)
2	Kindergeld/-grundsicherung: Bündelung von Leistungen
B90/Die Grünen	Kindergrundsicherung: Zusammenfassung von Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag
SPD	neues Kindergeld ersetzt Kinderfreibetrag und bündelt bisherige Leistungen (enthält das sächliche Existenzminimum inkl. Wohnkostenpauschale sowie Bildungs- und Teilhabekosten)
FDP	Kinderchancengeld bestehend aus Grundbetrag, Flexibetrag und nicht-materiellem Chancenpaket
<i>gegensätzliche Zielsetzungen</i>	
AfD	keine Änderung beim Kindergeld (nur: Missbrauch vermeiden)

B90/Die Grünen	Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe für Bildung und Teilhabe in eine neue, eigenständige Leistung
3	Kinder(chancen)geld: Digitaler Abruf
FDP	digitale Beantragung des Kinderchancengelds
CDU/CSU	digitale Beantragung von Familienleistungen u.a. Kindergeld und Kinderzuschlag
<i>gegensätzliche Zielsetzung</i>	
AfD	keine Änderung beim Kindergeld (nur: Missbrauch vermeiden)
FRÜHKINDLICHE BILDUNG	
4	Kita: Ausbau
B90/Die Grünen	Engagement des Bundes beim Kita-Ausbau weiterführen und ausbauen (Ziel: für alle Kinder einen Platz in guter und inklusiver Kita)
CDU/CSU	Kita-Ausbau auch nach 2022 weiterfördern
5	Kita: Kostenfreie Nutzung und Verpflegung
Die Linke	gebührenfreie Kita, kostenfreie Verpflegung mit Kita-Essen
SPD	beitragsfreie Kitas, kostenlose gesundheitsfördernde Kita-Verpflegung
6	Kita: Betreuungsschlüssel verbessern
Die Linke	eine Betreuungskraft auf max. 3 unter Dreijährige und auf max. 8 über Dreijährige
B90/Die Grünen	eine Betreuungskraft auf max. 4 unter Dreijährige und auf max. 9 über Dreijährige
7	Einführung von Sprachtests
CDU/CSU	ab einem Alter von drei Jahren verbindliche Sprachstand-Tests einschließlich Sprachförderangeboten für alle Kinder (»Sprach-Kitas«)
FDP	Deutschtest ein Jahr vor Einschulung

INTEGRATION	
8	Mehrsprachigkeit
Die Linke	Förderung der Mehrsprachigkeit u.a. Anerkennung der Herkunftssprache in Prüfungen; vom Bund mitfinanziertes Programm: Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten
<i>gegensätzliche Zielsetzung</i>	
AfD	Deutsch in allen Lehr- und Bildungseinrichtungen
9	Bildung für geflüchtete Kinder
Die Linke	für geflüchtete und zugewanderte Kinder: Erstausrüstung an Schulbedarf, zusätzliche Sprach- und Alphabetisierungskurse: Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und Ganztagsplatz unabhängig vom Aufenthaltsstatus
B90/Die Grünen	Recht von Kindern, unabhängig von der Bleibeperspektive, auf Zugang zu Kitas, Schulen und anderen Bildungsangeboten
<i>gegensätzliche Zielsetzung</i>	
AfD	schulpflichtige Asylbewerber: Vorbereitung auf Rückkehr in Heimatland als Ziel, falls sie kein Deutsch sprechen: Unterricht in Muttersprache
SCHULE	
10	Ganztagsangebot
Die Linke	Rechtsanspruch auf Ganztagsplatz in Kita und Ganztagsangebot für Schulkinder
SPD	Recht auf einen Ganztagsplatz für jedes Grundschulkind
B90/Die Grünen	Recht auf einen Ganztagsplatz für jedes Grundschulkind
11	Mehr pädagogisches Personal und Lehrkräfte
SPD	Zahl der Nachwuchskräfte in den erzieherischen Berufen bis 2030 bundesweit verdoppeln

Die Linke	Offensive des Bundes: Einstellung von zusätzlichen 100 000 Lehrkräften und 200 000 Erzieher:innen; Anreize über Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe
B90/Die Grünen	Fachkräfteoffensive als Bund-Länder-Programm, um Mangel an pädagogischen Fach- und Lehrkräften zu bewältigen (u.a. Programm für Quereinsteiger)
12	Erhalt des differenzierten Schulsystems
AfD	Differenziertes Schulsystem, auch Erhalt der Förder-/Sonderschulen
FDP	Differenziertes Schulsystem, auch Erhalt der Förder-/Sonderschulen, aber: Wahlfreiheit für Eltern zw. Regelunterricht und speziellen Klassen; bundesweite Abschlussprüfungen (Abitur und Mittlere Reife)
<i>gegensätzliche Zielsetzung</i>	
Die Linke	Gemeinschaftsschule: »eine Schule für alle«, ganztägig organisiert, alle Schulabschlüsse
13	Sozialarbeit an Schulen
Die Linke	Programm für Schulsozialarbeit: mindestens eine Fachkraft für Schulsozialarbeit je 150 Schüler:innen garantiert
SPD	Bundesprogramm für Schulsozialarbeit: Bereitstellung von Mitteln an Kommunen zur Förderung von Chancenhelfern an jeder Schule
B90/Die Grünen	Förderung multiprofessioneller Teams (Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter:innen, Erzieher:innen, Schulpsycholog:innen und weitere) in Schulen
14	Kostenlose Verpflegung und Beförderung von Schüler:innen
Die Linke	Kostenloses Schulessen, kostenfreie Beförderung für Schulkinder
SPD	für Schulkinder freie Fahrt in Bus und Bahn im Nahverkehr
15	Digitalisierung an Schulen
FDP	DigitalPakt 2.0 (Kooperation von Bund und Ländern): Investition in IT-Administratoren, Dienstgeräte für Lehrkräfte, digitales Lernmaterial sowie Fortbildungen

B90/Die Grünen	Förderung der digitalen Infrastruktur (im Rahmen der Kompetenz des Bundes): hauptberufliche Administrator:innen (Weiterentwicklung des DigitalPakts)
SPD	Weiterführung des DigitalPakts Schule u.a. Modernisierungsprogramm des Bundes (Gebäudesanierung und digitale Ausstattung), und ermöglichen einer »einfachen, unbürokratischen Umsetzung der digitalen Grundausrüstung«, Schwerpunkt auf Ganztagschule; Lehr- und Lernmaterialien für inklusive, ganzheitliche Bildung, die auf einer (bereits durch DigitalPakt beauftragte und finanzierte) Open-Source- Plattform für alle zugänglich
16	Digitale Ausstattung für Schüler:innen
Die Linke	digitale Ausstattung von Schulkindern (Laptop, Drucker, WLAN)
SPD	für jede:n Schüler:in: Ausstattung mit digitalem Endgerät und Zugang zum Internet; Sozialtarif für den Netzzugang für Schüler:innen
B90/Die Grünen	Digitales Endgerät für Schulkinder
<i>gegensätzliche Zielsetzung</i>	
AfD	erste vier Jahre in der Schule digitalfrei
ANDERES	
17	Ganzheitliche Bildung und infrastrukturelle Angebote
Die Linke	wohnnah und möglichst gebührenfreie infrastrukturellen Angebote (ÖPNV, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken etc.)
SPD	Bundesprogramm Gemeindehaus 2.0: Bündelung von infrastrukturellen Angeboten unter einem Dach (außerschulische Bildung, Sport, Kultur und Jugendarbeit, Netzwerke für den Kinderschutz, barrierefreie digitale Infrastruktur für alle Kinder und Jugendlichen)
18	Sozialkriterien bei der Vergabe von Bundesmitteln
SPD	Einführung von Sozialkriterien bei Vergabe von Mitteln des Bund und der Länder

Die Linke	50 Mrd. für Sanierung von Schulen – Verteilung bedarfsgerecht nach Sozialindex (besonders für Brennpunktschulen)
19	Bildungsföderalismus: mehr Kompetenz beim Bund
FDP	mehr Vereinheitlichung, Mitsprache Bund; GG-Änderung, damit Bund und Länder zusammen Qualität und Weiterentwicklung der Bildung sicherstellen
Die Linke	Aufhebung des Kooperationsverbots – Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im GG verankern
<i>gegensätzliche Zielsetzung</i>	
CDU/CSU	Erhalt des Bildungsföderalismus

Tabelle A6.1: Gleiche, ähnliche und gegensätzliche Zielsetzungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Parteien	Zielsetzungen und Zitate aus den Wahlprogrammen 2021
1	Elterngeld, Dauer
CDU/CSU	Wir wollen die Partnermonate beim Elterngeld um weitere zwei auf insgesamt 16 Monate ausweiten, wenn sowohl Vater als auch Mutter Elternzeit nehmen.
FDP	Rechtsanspruch auf »Partnermonate« beim Elterngeld auf drei Monate verlängern. Damit erhöht sich die Bezugsdauer auf maximal 15 Monate.
Die Linke	Um Familie und Beruf besser zu vereinbaren, wollen wir den Elterngeldanspruch auf 12 Monate pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende) verlängern.
B90/Die Grünen	Mit der KinderZeit Plus wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: pro Elternteil je acht Monate, weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt werden.
2	Betriebskindergärten
AfD	Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu vereinfachen, sind Betriebskindergärten stärker als bisher zu fördern.
FDP	Dazu wollen wir Betriebskindergärten auch steuerlich fördern
3	Familienbesteuerung
AfD	Die AfD fordert daher auch zur Vermeidung von Trennungen eine familienfreundliche Steuer- und Abgabenpolitik, die es Familien ermöglicht, auf Wunsch auch mit nur einem Erwerbseinkommen eine Familie zu ernähren, ohne gravierende Einbußen des Lebensstandards.
B90/Die Grünen	Paare, die bereits verheiratet sind, können sich entscheiden, ob sie sich einzeln veranlagen oder weiterhin das Ehegattensplitting nutzen wollen. Zugleich stärken wir mit der Kindergrundsicherung Familien. Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut betroffen sind, entlasten wir mit einer Steuergutschrift.

4	Elternzeit
SPD	Die erste Säule sind zwei Wochen Elternschaftszeit direkt nach Geburt eines Kindes, auf die jeder Vater bzw. der/die Partner*in kurzfristig und sozial abgesichert Anspruch hat.
Die Linke	Wir wollen einen zusätzlichen Elternschutz von zehn Tagen bezahlter Freistellung für den zweiten Elternteil nach der Geburt des Kindes.
B90/Die Grünen	Für die besondere Zeit direkt nach der Geburt wollen wir neben dem Mutterschutz auch für den zweiten Elternteil eine 14-tägige Freistellung einrichten
5	Kinderbetreuung
CDU/CSU	Damit helfen wir Kindern in ihrer Entwicklung und unterstützen Eltern bei der Vereinbarkeit von Familien und Beruf. ... Wir werden den Kita-Ausbau und die Weiterentwicklung der Qualität auch über 2022 hinaus weiter fördern.
SPD	Der Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot im Grundschulalter ist ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit und zudem für viele Eltern der notwendige nächste Schritt in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf [...]
FDP	[...] den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung auch in der Praxis und perspektivisch ab dem Ende des Mutterschutzes garantieren [...]
Die Linke	Gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung für Kinder aller Altersgruppen. Die öffentlichen Betreuungsangebote insbesondere für Kinder ab dem ersten Lebensjahr müssen ausgebaut werden, damit ihr Rechtsanspruch auf pädagogische Förderung eingelöst werden kann.

6	Elterngeld, Höhe
SPD	Die zweite Säule ist die Familienarbeitszeit, mit der wir den derzeitigen Partnerschaftsbonus beim ElterngeldPlus zu einer flexiblen, geförderten Elternteilzeit nach dem ersten Lebensjahr eines Kindes ausbauen werden. Wenn in Paarfamilien beide Elternteile gleichzeitig oder Alleinerziehende etwas weniger als Vollzeit arbeiten, sollen sie zukünftig je zehn Monate ElterngeldPlus erhalten – mindestens 200 und höchstens 900 Euro.
Die Linke	Außerdem wollen wir den Mindestbetrag des Elterngelds auf 400 Euro und beim ElterngeldPlus entsprechend auf 200 Euro anheben.
7	Kinderkrankentage
SPD	Die dritte Säule ist die dauerhafte Ausweitung der pandemiebedingt erhöhten Kinderkrankentage auf 20 Tage pro Kind, Jahr und Elternteil (als »Elterngeld akut«) – bei mehr als zwei Kindern maximal 45 Tage pro Elternteil und 90 Tage für Alleinerziehende.
Die Linke	Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Kinderkrankentage befristet bis Ende 2021 für gesetzlich versicherte Elternteile um zehn weitere Tage je Kind und für Alleinerziehende um zusätzlich zwanzig Tage je Kind verlängert.
B90/Die Grünen	[...] darum soll der Anspruch auf ein Kinderkrankengeld auf 15 Tage im Jahr pro Kind und Elternteil steigen, Alleinerziehende bekommen 30 Tage.
8	Familien-Pflegezeit
SPD	Unser Modell der Familienpflegezeit ist die vierte Säule. Wer Angehörige pflegt, soll dabei unterstützt werden, die Pflege mit Erwerbsarbeit zu kombinieren. Das bedeutet: 15 Monate Anspruch auf Unterstützung (Lohnersatz) bei einer Arbeitszeitreduzierung für jeden nahen Angehörigen ab Pflegegrad 2, auf mehrere Pflegepersonen aufteilbar.

Die Linke	Wir brauchen für alle Beschäftigten einen Rechtsanspruch auf eine sechs wöchige Pflegezeit mit Lohnfortzahlung durch die Arbeitgeber*innen (vgl. Kapitel »Für einen linken Feminismus«).
9	Zeitautonomie
CDU/CSU	Uns ist wichtig, dass Eltern in bestimmten Lebensphasen ihre Arbeitszeit reduzieren und in anderen Zeiten mit ganzer Kraft ihrem Beruf nachgehen können. Wir werden Wahlfreiheit durch mehr Zeitsouveränität über das ganze Berufsleben ermöglichen.
Die Linke	Es braucht einen Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten für alle, die Verantwortung in Erziehung und Pflege übernehmen (vgl. Kapitel »Familien dort unterstützen, wo sie es brauchen«).
B90/Die Grünen	Darüber hinaus sollen die Möglichkeiten aller Arbeitnehmer*innen, selbst flexibler über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen – gerade um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern und Zeit für sich selbst zu haben –, verbessert werden.
10	Familiengerechte Rente
SPD	Wir wollen eine geschlechtergerechte Rente. Unterschiedliche Arbeitszeiten und familienbedingte Tätigkeiten bei den Renten werden wir gerechter behandeln.
AfD	Die AfD möchte hier einen Ausgleich herstellen, indem Familien für jedes Kind 20.000 Euro Beiträge der Eltern zur Rentenversicherung aus Steuermitteln erstattet bekommen, ohne dass sich die Rentenansprüche dadurch verringern.
FDP	Es muss zudem jederzeit möglich sein, Rentenpunkte auch für befristete Zeiträume zu splitten. Das muss für verheiratete, verpartnerte und auch für unverheiratete Eltern möglich sein. Partner sollen flexibel über die Aufteilung der Familien- und Erwerbsarbeit und damit auch über die Rentenansprüche entscheiden können.

11	Haushaltsnahe Dienstleistungen
CDU/CSU	Haushaltsnahe Dienstleistungen entlasten Familien im Alltag und schaffen mehr Zeit für Familie und Beruf. Deshalb werden wir die Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen verbessern.
FDP	Wir Freie Demokraten wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. [...] die Betreuungszeiten flexibilisieren und die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten ermöglichen.
B90/Die Grünen	Es gilt, familienunterstützende Dienstleistungen zu fördern, zum Beispiel für ergänzende Kinderbetreuung oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Das ist besonders im Krankheitsfall wichtig, denn Kinder und Haushalt müssen trotzdem versorgt sein.

Tabelle A7.1: Gleiche, ähnliche und gegensätzliche Zielsetzungen zur Digitalisierung im Gesundheitswesen

Parteien	Zielsetzungen und Zitate aus den Wahlprogrammen 2021
1	Datenschutz
SPD	Wir wollen Datenschutz gewährleisten und geeignete Rahmenbedingungen, damit nicht die großen Plattformen auch die Gesundheitswirtschaft dominieren.
CDU/CSU	Die Patientinnen und Patienten der Zukunft werden – unter Wahrung des Schutzes ihrer Daten – ihre gesamte Krankengeschichte an einem Ort speichern und Ärzte und andere Leistungserbringer darauf zugreifen lassen können.
Die Grünen	Eine Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der Patient:innen. Die ärztliche Schweigepflicht und das Patient:innengeheimnis müssen auch für digitalisierte Gesundheitsdaten jederzeit gewahrt bleiben.
AFD	Wir befürworten eine Speicherung von Notfalldatensätzen, einer Medikamentenübersicht oder einer Patientenverfügung direkt auf einer Krankenversicherungskarte zum Nutzen des Patienten, über deren Nutzung dieser eigenverantwortlich entscheidet.
Die Linke	Die informationelle Selbstbestimmung von Patient:innen und Versicherten muss jederzeit gewahrt werden. Die Weitergabe der sensiblen Daten darf nur erfolgen, wenn eine Zustimmung entsprechend der DSGVO vorliegt.
2	Datenspeicherung: nicht zentral
AFD	Die AfD lehnt die Schaffung einer zentralen Datenbank mit der Anbindung von Kliniken, Praxen, therapeutischen Einrichtungen und Apotheken zur Speicherung vertraulicher Patientendaten ab.
Die Linke	Daten, die mit der elektronischen Gesundheitskarte erhoben werden, dürfen nicht zentral gespeichert

3	Digitalisierung Krankenhäuser
CDU/CSU	Mit dem virtuellen Krankenhaus wollen wir medizinisches Spezialwissen überall im Land gleichermaßen verfügbar machen. Televisiten und digitale fachliche Beratungen zwischen mehreren Ärzten eröffnen neue Perspektiven zur besseren Patientenversorgung vor Ort und können Erkrankten eine Verlegung ersparen.
FDP	Krankenhäuser sind Innovationsmotoren in der Krankenversorgung. Digitale Infrastruktur und robotische Assistenzsysteme wollen wir hier gezielt fördern.
4	Strategie für Digitalisierung im Gesundheitswesen
CDU/CSU	Wir werden an die e-Health-Strategie den Prozess »Digitale Gesundheit 2025« anschließen und diesen zu einer ressortübergreifenden eHealth-Roadmap »Digitale Gesundheit 2030« weiterentwickeln, die konkrete Handlungsempfehlungen für die digitalisierte Gesundheitsversorgung der Zukunft bis zum Jahr 2030 vorgibt.
Die Grünen	Zur Koordination all dieser Vorhaben wollen wir mit allen Nutzer:innen des Gesundheitswesens eine Strategie für die Digitalisierung entwickeln.